

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illust. Beilage Post und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einsch. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72200.  
**Verkaufsstelle:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Landauer Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72200. — **Verlag in Leipzig:**  
Landauer Straße 19/21 — Telephon 72200

**Inseratenpreise:** Die 10geleit. Kolonnenzeile 35 Pf., bei Platzverdrängung 40 Pf., Stellenangebote 10geleit. Kolonnenzeile 25 Pf. Familienanzeigen von Privatpersonen die 10geleit. Kolonnenzeile mit 50% Nachsch. Restamezeile 2 Mk. Inzerate v. ausw.: die 10geleit. Kolonnenzeile 40 Pf., bei Platzverdrängung 50 Pf., Restamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Verkäufer, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

## Die Bombe des ungekrönten Kaisers

### Schacht durchkreuzt im Haag die Politik der Reichsregierung

#### Der große Krach

SWD Haag, 13. Januar.

Das Eintreffen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht im Haag hat pünktlich zu dem vielfach prophezeiten großen Krach geführt. Schacht hat an den Vorsitzenden des Organisationskomitees für die Internationale Bank die schriftliche Erklärung gerichtet, daß sich die Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungen vorzusaussichtlich nicht beteiligen werde. Auf alle Fälle sei über Beteiligung oder Nichtbeteiligung noch ein Beschluß des Reichsbankdirektoriums herbeizuführen. Die deutsche Delegation, der die Erklärung Schachts nicht ganz unerwartet kam, beschloß, an Stelle der Reichsbank für den Fall, daß diese endgültig ausscheidet, eine Gruppe anderer deutscher Banken zu delegieren.

Bei den ausländischen Delegationen hat das Vorgehen Schachts wesentlich dazu beigetragen, die gereizte Stimmung gegen den Reichsbankpräsidenten sowie die Vorstellung, daß dieser doch eigentlich der leitende Mann Deutschlands sei, zu verstärken. Der Herger über seine Quertreibereien ist um so heftiger, als gerade am Montag sowohl in den finanziellen Fragen, wie auch in der sogenannten Sanktionsfrage im wesentlichen eine Einigung erzielt worden war.

#### Er pocht auf seine Macht

SWD Haag, 13. Januar.

Allmählich werden Einzelheiten über die gefährliche Wendung bekannt, die die Konferenz infolge des Vorgehens von Dr. Schacht plöglich genommen hat.

In der Sitzung des Organisationskomitees für die Internationale Bank, die eine reine Bankerführung unter dem Vorsitz des Amerikaners Reynolds war, verlas zunächst der Vorsitzende ein Schreiben, das er von Dr. Schacht vor einiger Zeit bereits erhalten hatte. Nach der einen Version soll das Schreiben vom 31. Dezember datiert sein, nach der anderen Version soll es am 13. Dezember gleichzeitig mit dem Schacht-Memorandum an die Reichsregierung abgeschickt worden sein. Es soll im wesentlichen besagen, daß die Reichsbank ihre Mitwirkung an der Bank für internationale Zahlungen von der Klärung der drei folgenden Punkte abhängig machen müßte:

1. Wiederherstellung des ursprünglichen Youngplanes an Stelle des durch die Haager Konferenz veränderten Planes,
2. Ausschaltung aller Sanktionsmöglichkeiten unter dem Regime des Youngplanes und
3. Regelung der Frage des beschlagnahmten deutschen Eigentums im Sinne der deutschen Forderungen.

Angeblieh soll sogar hinsichtlich des dritten Punktes das Schreiben die Wendung enthalten, daß sich Schacht nicht an einen Aufführungsakt mit Leuten zusammenlegen könne, die das private Eigentum nicht respektierten.

Reynolds fragte den Reichsbankpräsidenten nach dem Verlesenen des Schreibens, wie er zu seinem Briefe stehe. Schacht antwortete kurz, daß er bei seinem Inhalt bleibe. Darauf entstand ein heftiger Wortwechsel. Die Sitzung zog nach kaum dreiviertelstündiger Dauer unter allgemeinem Krach auf.

Die deutsche Delegation trat sofort zu einer internen Beratung zusammen und beschloß, in einer für 7 Uhr abends anberaumten Sitzung vorzuschlagen, daß die Reichsregierung mit einem deutschen Bankkonfortium in Verbindung treten würde, das sich an Stelle der Reichsbank an einer Bank für internationale Zahlungen beteiligen soll.

Diesem Vorschlag unterbreitete Curtius den sechs einladenden Mächten. Als Tardieu gegen 1/8 Uhr abends die Sitzung verließ, um sich zur Bahn zu begeben, erklärte er kurz, daß die Gläubigermächte diese deutsche Anregung annehmen. Es handelte sich um einen Konflikt, den die Reichsregierung mit Dr. Schacht allein auszutragen habe und die Gläubigermächte nichts angehe. Den Gläubigern könne es gleichgültig sein, ob die Mitarbeit an der Internationalen Bank von der Reichsbank oder von einem anderen deutschen Bankkonfortium erfolge.

„als ob Dr. Schacht nicht existiere...“

SWD Haag, 14. Januar.

Die Haltung Schachts, der im Haag erklärte, daß sich die Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungen nicht beteiligen werde, hat unter der deutschen Delegation einen

Sturm der Empörung ausgelöst. Es wurde ihm erklärt, daß die Forderungen seines Briefes an Reynaud politischer Natur seien und daß er seine Kompetenzen entschieden überschritten habe. Schacht antwortete, es handle sich nicht um Fragen der Politik, sondern der Moral. Er betonte, daß er, wenn man sich nunmehr an andere Banken wende, keine Einwendungen dagegen erhebe, obwohl er an sich dazu berechtigt wäre. Jedenfalls werde er auf diese Art die Verantwortung los.

Alle Einwirkungsversuche auf Schacht blieben erfolglos. Der Reichsbankpräsident hat sich nur bereit erklärt, auch in Zukunft alle für die Durchführung des Youngplans notwendigen technischen Maßnahmen durch die Reichsbank durchzuführen zu lassen, ohne daß jedoch die Reichsbank im Verwaltungsrat der Reparationsbank vertreten sei. Zur Weiterarbeit im Organisationskomitee erklärte sich Schacht ebenfalls bereit.

Die deutschen Minister beschloßen nach der Aussprache mit Schacht, unverzüglich an die Reichskreditgesellschaft und die preussische Seehandlung heranzutreten, damit sie die Aufgaben bei der Gründung der Internationalen Zahlungsbank

übernehmen, die ursprünglich der Reichsbank zugedacht waren. Man rechnete auch mit der Mitwirkung des Bankhauses Warburg in Hamburg. In der Sitzung der Gläubigermächte erklärten deren Minister, daß sie sich jede politische Einwirkung des Dr. Schacht verbieten und daß die Konferenz ihre Arbeiten so fortsetze, als ob Dr. Schacht nicht existiere.

#### Erkannt!

WTB London, 14. Januar.

Der diplomatische Korrespondent der „Financial News“ schreibt: Dr. Schachts neuester Schritt ist völlig überraschend gekommen. Dr. Schacht war als Mitglied des Organisationsausschusses der Internationalen Bank Mitunterzeichner der am 13. November in Baden-Baden abgeschlossenen Vereinbarung. Zwischen diesem Datum und dem 13. Januar aber hat die deutsche Regierung keine weiteren Vollen auf sich genommen. Wenn Dr. Schacht den Vantplan am 13. November annehmbar fand, hatte er keinen Grund, ihn am 13. Januar anders anzusehen.

## Was soll der Vorstoß?

### Morgan im Hintergrund?

Der neueste Huzarenritt Schachts bedeutet einen Versuch, das Young-Abkommen zum Scheitern zu bringen. Denn die Errichtung der Reparationsbank ist ein Teil des Planes, ohne den der Gesamtplan nicht ausführbar ist. Verantwortlich dafür, daß durch die Ueberweisung der Reparationszahlungen in die Gläubigermächte die Festigkeit der deutschen Währung nicht gefährdet wird, war bisher der Reparationsagent und soll in Zukunft das Reich selbst sein. Aber das Instrument, durch das die reibungslose Ueberweisung der Reparationszahlungen und ihre Verteilung vollzogen werden soll, ist die Reparationsbank. Die Ausschaltung der ausländischen Finanzkontrolle und die Errichtung der Reparationsbank sind also zwei Seiten einer Medaille. Soll diese ihre Aufgabe erfüllen, die Kapitalströme so zu leiten, daß die Währungen der betroffenen Länder gegeneinander abgestimmt werden, so fehlt das eine Zusammenarbeiten der Zentralnotenbanken voraus, die eben durch das Zusammenwirken in und an der Reparationsbank ermöglicht werden soll. Diese Zusammenarbeit wird unmöglich gemacht, wenn ausgerechnet die Zentralnotenbank Deutschlands, also des Landes, dessen Währung vor allem geschützt werden soll, nicht mitmacht. Die Beteiligung der

Preussischen Seehandlung und der Reichskreditgesellschaft könnte die Mitwirkung der Reichsbank nicht ersetzen, weil Schacht als Leiter der Reichsbank imstande wäre, die Maßnahmen der Reparationsbank zu sabotieren. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die Sache, die Schacht führt, nur seine eigene Sache ist. Ein so gewagtes Unternehmen, wie die Sabotage des Young-Abkommens, unternimmt man nicht auf die Gefahr, in der Welt isoliert zu sein. Schacht führt das aus, was die Schwerindustrie will, was sie aber nicht auf die eigene Kappe zu nehmen wünscht. Die Eisen- und Kohlenmagnaten halten die politische Isolierung Deutschlands von seinen europäischen Reparationsgläubigern für die geeignetste Situation, um ihre Diktaturpläne zu verwirklichen. Nicht ausgeschlossen ist, daß auch diesmal Schacht als Sachwalter Morgans handelt. Die englische und französische Regierung sind bestrebt, die Funktionen der Internationalen Bank derart einzuschränken, daß sie nichts ist als ein Werkzeug der Zusammenarbeit der Zentralnotenbanken. Sie wollen verhindern, daß die Bank zu einem Machtinstrument des amerikanischen Finanzkapitals wird, zu einem Mittel, die Bedeutung New Yorks als Zentrum des Weltgeldmarktes zu stärken und London und Paris zurückzudrängen. Vielleicht ist Schacht auch diesmal wieder nur eine Schachfigur im Spiel des Konkurrenzkampfes der großen Finanzmächte.

### Die Hafentanz-Regierung gebildet

WTB Weimar, 13. Januar.

Heute abend kamen die Verhandlungen der bürgerlichen Parteien und der Nationalsozialisten über die Regierungsbildung in Thüringen zum Abschluß. Dem Landtag soll folgendes Kabinett, das sich aus acht Mitgliedern, und zwar drei Ministern und fünf Staatsräten zusammenschließen wird, vorgeschlagen werden: Ministerium des Innern und Volksbildungsministerium: Dr. Fried-Wilhelm (Nationalsozialist); Finanzministerium: Baum (Landvolkpartei), zugleich als Vertreter des ehemaligen Gebietes Altenburg; Wirtschaftsministerium und Justizministerium: Dr. Kästner (Wirtschaftspartei), zugleich als Vertreter des ehemaligen Gebietes Gotha. Dazu treten folgende Staatsräte: Marschler (Nationalsozialist) für das Gebiet Weimar, Forst (Landvolkpartei) für das Gebiet Reuth, Kien (deutschnational) für das Gebiet Meiningen, Färth (Wirtschaftspartei) für das Gebiet Rudolstadt, und Bauer (Deutsche Volkspartei) für das Gebiet Sondershausen.

### Senkung des Reichsbankdiskonts

SWD Berlin, 13. Januar.

Die Reichsbank hat heute den Wechseldiskont von 7 auf 6 1/2 Prozent und den Lombardzinsfuß von 8 auf 7 1/2 Prozent herabgesetzt.

Die Senkung des Reichsbankdiskonts wäre schon vor längerer Zeit möglich gewesen. Nach dem letzten Reichsbankausweis, der eine große Flüssigkeit des Geldmarktes zeigte, war es, wie wir bereits berichtet hatten, nur noch eine Frage der Zeit, wann die Reichsbank sich entschließen würde, die längst fällige Diskontherabsetzung vorzunehmen, zumal die Senkung auch des englischen Bankdiskonts täglich zu erwarten ist.

### Abwehr der Diktatur des Dr. Schacht

Zur Schachtkrise nimmt der „Vorwärts“ in folgenden Ausführungen Stellung:

„Der Augenblick fordert eine klare Sprache. Es ist uns unvorstellbar, daß sich ein Diktator Schacht oberhalb einer deutschen Reichsregierung beseligen könnte, in der vier Sozialdemokraten sitzen. Die Sozialdemokraten in der Regierung müssen dafür sorgen, daß diesem blamablen Zustand sofort ein Ende gemacht wird. Können sie das nicht, so können sie nicht weiter die Verantwortung mit tragen. Es geht jetzt um den Staat selbst. Der Staat verliert seinen Anspruch auf Autorität nach unten, wenn er sie nicht auch nach oben zu wahren versteht.“

Die Schnelligkeit, mit der die Reichsregierung beschloßen habe, eine andere Bankgruppe einbringen zu lassen, berechtigt zu einigen Hoffnungen. Leider bleibe jedoch manches, was sich in den letzten Tagen abgezeichnet habe, schwer verständlich. Schachts Brief sei der Reichsregierung seit dem 31. Dezember bekannt gewesen. Man habe trotzdem mit ihm weiter verhandelt und anscheinend sogar auch jetzt noch im Haag Versuche unternommen, ihn umzustimmen. Schacht sei auf seine Weigerung hin, in die Internationale Bank einzutreten, nicht sofort nach Hause geschickt worden, sondern er nehme an der Arbeit des Organisationskomitees weiter teil. Sollte er nun auch noch an den Verhandlungen über das künftige Statut der Reichsbank teilnehmen? „Die Knabsekkarten des Reichsbankpräsidenten — so schließt der „Vorwärts“ seine Betrachtungen — ist eine Fessel, die uns durch den Dawesplan auferlegt worden ist. Die deutsche Delegation hat hundertmal recht, wenn sie die Berechtigung von dieser Fessel fordern will. Wird sie es tun? Das deutsche Volk wird sich eine Diktatur Schacht auf keinen Fall gefallen lassen. Es ist genug und übergenug.“